
Ausland

»Politik ist ein Stil, ein Zauber. Man muss im Kern definieren, was für eine Botschaft man aussenden will.« ► S. 84



Das Paradies von Boracay wurde diese Woche auf Anweisung des philippinischen Präsidenten Rodrigo Duterte für sechs Monate für Besucher geschlossen. Hunderttausende Touristen mussten ihren Urlaub absagen. Die Insel mit dem berühmten Strand soll von Müll und Abwässern gereinigt werden. Sechs bewaffnete Hundertschaften der Polizei besetzten die Strände und hinderten Urlauber am Betreten von Fähren. Viele Inselbewohner sind einverstanden mit dem Putz, aber nicht alle schätzen das rabiate Vorgehen.

Analyse

Putins Warnung

Was für Moskau nach den Massenprotesten in Eriwan auf dem Spiel steht

Zehntausende Demonstranten haben in Armenien Sersch Sargsjan von der Macht vertrieben. Der Politiker hatte nach zwei Amtszeiten als Präsident das Amt des Premiers übernommen – nicht ohne vorher die Verfassung so umzubauen, dass alle Macht weiter bei ihm bleiben würde.

Der Kreml – der hinter derlei Straßenprotesten meist westlichen Einfluss wittert – hat verblüffend zurückhaltend reagiert. »Wir sind nicht gegen Russland«, hat ihm Nikol Paschinjan, der Anführer der Proteste, öffentlich versichert. Dies sei eine rein innenpolitische Angelegenheit.

Nun ist die kleine und bitterarme Kaukasusrepublik Armenien ohnehin auf Russland angewiesen. Sie braucht sein Gas und seinen Schutz im Konflikt mit dem Nachbarn Aserbaidschan. Russland hat Truppen in Armenien stationiert. Eriwan ist

nicht nur Mitglied in Moskaus Militärbündnis OVKS, es ist unter Sargsjan auch Putins Eurasischer Wirtschaftsunion beigetreten. Aber Protestführer Paschinjan hat erkennen lassen, dass er ein Referendum über einen Austritt aus der Union befürwortet.

Sowohl Armeniens Regierung wie Armeniens Opposition ist nun in Gesprächen mit Moskau. Präsident Wladimir Putin hat nach einem Telefonat mit seinem armenischen Kollegen gewarnt, es müsse alles »im Rahmen der Verfassung« erfolgen. Er meint offenbar: Die Massenproteste dürfen sich nicht zu einer friedlichen Revolution auswachsen. Noch ist nicht viel passiert – ein Premier ist zurückgetreten, mehr nicht. Der Nachfolger soll am 1. Mai vom Parlament gewählt werden. Protestführer Paschinjan hat die Menge auf der Straße hinter sich. Ob er auch die Abgeordneten für sich gewinnen kann, ist zweifelhaft. Christian Esch